

# „Eingreifen statt wegducken: Gauck will neue Außenpolitik“<sup>1</sup>

Offener Brief an den deutschen Bundespräsidenten,  
Herrn Dr. h.c. Joachim Gauck

von  
Tristan Abromeit

4. Februar 2014

[www.tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de)

Text 119

---

<sup>1</sup> So lautet die Schlagzeile eines Berichtes von Klaus von der Brelie auf der Titelseite der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ) vom 1./2. Februar 2014.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Gauck,

ich habe in den Nachrichten auch die Meldung gehört, dass Sie auf der 50. Sicherheitskonferenz in München eine neue Rolle Deutschlands in der Welt gefordert haben. So eine Forderung auf einer Konferenz, bei der es in der Hauptsache um eine militärische Sicherheit geht, kann ja nur so interpretiert werden, dass Sie einen größeren Einsatz der Bundeswehr im Ausland fordern. Da sträubten sich bei mir die Nackenhaare, nicht weil es um das deutsche Militär geht, sondern weil immer noch die Vorstellung wirksam ist, dass militärische Einsätze die Welt verbessern könnten.

Ich habe dann überlegt, ob ich Ihnen einen persönlichen Brief in dieser Angelegenheit schreiben soll, habe aber die Chance, dass sie diesen zu lesen bekommen, als gering eingeschätzt. Die Chancen, dass ein Offener Brief Sie erreicht, sind auch nicht größer, aber ein Offener Brief hat die Chance von anderen MitbürgerInnen gelesen zu werden. Hier kann ich auch gleich den Unterschied der DDR, an der Sie berechtigt keine guten Erinnerungen haben, und der BRD verdeutlichen. In der DDR hätte so ein Offener Brief Kerker bedeutet, hier in der alten und neuen BRD verpufft so ein Brief in der Narrenfreiheit. Diese Narrenfreiheit gedeiht aber – das ist zu bedenken - in Systemen mit subtilen Unterdrückung.

Heute, als ich mich schon entschlossen hatte, mich den Mühen des Schreibens dieses Briefes zu unterziehen, erhielt ich den nachfolgend zitierten, an Sie gerichteten, Offenen Brief.

### **>> Jürgen Todenhöfer - Offener Brief an Joachim Gauck**

- LIEBER HERR BUNDESPRÄSIDENT, Sie fordern, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Welt übernimmt. Auch militärisch. Wissen Sie wirklich, wovon Sie reden? Ich bezweifle es und habe daher vier Vorschläge:
  1. Ein Besuch im syrischen Aleppo oder in Homs. Damit Sie einmal

- persönlich erleben, was Krieg bedeutet.
2. Vier Wochen Patrouillenfahrt mit unseren Soldaten in afghanischen Kampfgebieten. Sie dürfen auch Ihre Kinder oder Enkel schicken.
  3. Ein Besuch eines Krankenhauses in Pakistan, Somalia oder im Yemen – bei unschuldigen Opfern amerikanischer Drohnenangriffe.
  4. Ein Besuch des deutschen Soldatenfriedhofes El Alamein in Ägypten. Dort liegen seit 70 Jahren 4.800 deutsche Soldaten begraben. Manche waren erst 17. Kein Bundespräsident hat sie je besucht.

Nach unserem Grundgesetz haben Sie “dem Frieden zu dienen”. Angriffskriege sind nach Artikel 26 verfassungswidrig und strafbar. Krieg ist grundsätzlich nur zur Verteidigung zulässig. Sagen Sie jetzt nicht, unsere Sicherheit werde auch in Afrika verteidigt. So etwas ähnliches hatten wir schon mal. 100.000 Afghanen haben diesen Unsinn mit dem Leben bezahlt.

Wie kommt es, dass ausgerechnet Sie als Bundespräsident nach all den Kriegstragödien unseres Landes schon wieder deutsche Militäreinsätze fordern? Es stimmt, wir müssen mehr Verantwortung in der Welt übernehmen. Aber doch nicht für Kriege, sondern für den Frieden! Als ehrlicher Makler. Das sollte unsere Rolle sein. Und auch Ihre.

Ihr Jürgen Todenhöfer

PS: Mir ist ein Präsident lieber, der sich auf dem Oktoberfest von Freunden einladen läßt, als einer der schon wieder deutsche Soldaten ins Feuer schicken will. Von seinem sicheren Büro aus. Fast bekomme ich Sehnsucht nach Wulff. Der wollte Menschen integrieren, nicht erschlagen.

Quelle: [Jürgen Todenhöfer](#) <<

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, ich schätze, dass Sie keine Belehrungen über die Wirkungen von Soldatengräbern benötigen, aber sich auch sonst missverstanden fühlen. Aber angebracht wäre es schon, wenn der Bundestag seine Entscheidungen zu den Themen, die den militärischen Komplex berühren, auf Soldatenfriedhöfe fällt. Der Tod eines Soldaten und der Tod eines Menschen, der durch einen Soldaten getötet wurde, ist dem durchschnittlichen Abgeordneten (auch in weiblicher Gestalt) wohl – besonders unter dem Fraktionszwang - so fern wie die Sterne am Himmel.

In dem oben benannten HAZ-Artikel heißt es:

Bundespräsident Joachim Gauck fordert eine neue Rolle für Deutschland in der Welt. „Früher, entschiedener und substanzieller“ solle sich Deutschland künftig engagieren, wenn es darum gehe, weltweit Konflikte zu verhindern. Diesen Appell hat der Präsident an die Bundesregierung gerichtet und zugleich deutliche Kurskorrekturen in der deutschen Außenpolitik angemahnt. ...

... Konkret ,geht es dem ‘Bundespräsidenten darum. „Hilfe anderen nicht einfach zu versagen, wenn Menschenrechtsverletzungen in Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnische Säuberungen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit münden“. Das müsse heute selbstverständlich sein.“ Gauck sagte, er selbst leide als Verteidiger der Menschenrechte darunter „dass nicht überall dort eingegriffen wird, wo es ethisch, zum Schutz von Leib und Leben bedrohter Menschen, geboten wäre. ... <<

Das klingt doch ganz gut. Wieso kann so eine Äußerung zu einer Ablehnung führen? Abgesehen davon, dass eine solche Position übersieht, dass das Völkerrecht immer noch im Rang über den Menschenrechten steht und darum mit militärischer Gewalt ohne Krieg eine Regierung nicht einfach daran gehindert werden kann, die Menschenrechte auch in gröblichster Weise zu verletzen, ist die besondere Geschichte Deutschlands im vorigen Jahrhundert und der Mangel an Beweisen dafür, dass ein militärischer Einsatz überhaupt die mangelnde Beachtung der Menschenrechte beheben kann, zu beachten.

Der Schwur der Menschen nach dem Zweiten Weltkrieg: „Nie wieder Rüstung! Nie wieder Krieg!“, wurde zwar schon x-mal verraten, wirkt aber immer noch nach. Dieser Verrat erfolgte nicht unbedingt aus Gründen der Lust am Töten, sondern vorwiegend, weil der Arbeitsplatz in dem Rüstungsunternehmen vor Ort oder beim Militär höher eingeschätzt wird als der Tod, von dem man nur beim Bier vor dem Fernseher hört und sieht.

Es wirkt aber auch der exzessive Gebrauch der Schuld der Deutschen als die alleinigen Schuldigen am Ersten und Zweiten Weltkrieg sowohl durch die Siegermächte als auch durch Deutsche nach, die die Schuld für die eigenen Ziele und

Karrieren nutzten. Sabine Bode beschreibt in ihrem Vortrag "German Angst" die Scheu vor der Zukunftsgestaltung als das Erbe des Krieges. Eine Angst, die noch in der Enkelgeneration der Kriegskinder nachweisbar sein soll.

<http://www.jokers.de/3/18257834-1/dvd/german-angst-oder-was-vom-krieg-uebrig-blieb-dvd.html>

Die verinnerlichte Haltung ist: „Ganz egal, was die Deutschen machen, am Ende sind sie wieder die alleinigen Schuldigen.“ In diese Situation möchten die meisten Deutschen nicht noch einmal kommen. Dabei haben die Deutschen in ihrer Gutmütig- und Blindheit gegenüber ihrer gewählten politischen Führer schon wieder Schuld auf sich geladen, a) weil sie es zugelassen haben, dass bei dem Versuch eine Wiedergutmachung des Unrechts gegenüber den Juden die Palästinenser in eine die Menschenrechte missachtende, oft tödliche Bedrängnis gebracht wurden. Und mehr Schuld anhäufender Wirkung wurde den hungernden und darbenenden Menschen in aller Welt eine heilende, freiheitliche Ökonomie vorenthalten. Wenn hier die Hauptverantwortlichen auch die Parlamentarier und die Mehrheit der Wirtschaftswissenschaftler sind, so sind die Bürger, die das wissend so hingenommen haben nicht aus der Verantwortung zu nehmen. Damit diese Aussage nicht als Größenwahn aufgefasst wird, sollte sie als Arbeitshypothese betrachtet werden. Aber da beginnt schon wieder ein Problem: Für alle möglichen Projekte – darunter auch lebensfeindliche – wird vom Staat Geld ausgegeben und auch privat gespendet. Nur ist es sehr schwer für die wissenschaftliche Überprüfung dieser Aussage auch nur 1000 € einzusammeln. Dabei ist es – ohne zu Verschwörungstheorien zu greifen – sehr schwer zu sagen, was Politiker und Wirtschaftswissenschaftler veranlasst, Wirtschaftspolitiken und –theorien aufrecht zu erhalten, die die Menschen wie in der Weimarer Republik – nur anders – ins Verderben treibt.

Weder der Terrorismus noch die scheinbar religiös oder national verursachten Spannungen lassen sich militärisch auflösen oder verhindern. Die Menschen wollen Brot, Gerechtigkeit, als Individuum und als Gruppe geachtet und respektiert werden, also weder eine Ausbeutung oder Verhinderung ihrer Wohlfahrt durch

den Kommunismus noch durch den Kapitalismus hinnehmen. Die religiöse Toleranz wächst mit der Sicherung der gefüllten Speisekammer und des sicheren individuellen Rückzugsraumes.

Die Verhältnisse in unserer Welt mit ihren vielen Völkern und Staaten sind nun mal nicht ideal. Der Weg zu einer Besserung führt über Vorstellungen davon, wie es besser werden könnte. Auch wenn ich heute die Äußerung eines Professors der Ökonomie las, dass die Bibel ein gutes Wirtschaftsbuch sei, so ist nicht einfach aus einem Buch abzulesen, was zu tun ist. Der offene Ideenwettbewerb – den wir trotz der Fülle der Veröffentlichungen nicht haben und der aus unterschiedlichen ideologischen Gründen auch nicht gewollt ist – ist angesagt. Aber in der Dogmatik der Wirtschaftspolitik steht die BRD und der Westen insgesamt der untergegangenen DDR in nichts nach. Die neuen Neoliberalen – die ihre Stärke nur aus der Schwäche ihrer Gegner, nämlich den Staat anbetenden Etatisten und Fiskalisten<sup>2</sup> ziehen – sind nicht alleine verantwortlich für den ökonomischen Zustand dieser Welt und damit Hauptverursacher von Terrorismus und Krieg. Was die Menschen benötigen, um sich für einen friedlichen Wandel ihrer persönlichen und nationalen Situation zu begeistern – und dadurch den Gewaltverzicht zu üben -, ist eine Idee – die nicht gleich wieder eine Ideologie ist - und eine daraus abgeleitete Praxis, die ihnen Hoffnung und Zuversicht gibt. Damit solche Wege schneller erschlossen werden können, braucht es kein Militär, sondern eine Ausbildung in der gewaltlosen Gewalt (Stichwort: Gandhi). Aber gerade hier hat Deutschland in der Vergangenheit versagt und die Chancen in der Gegenwart noch nicht ergriffen. Warum beklagt man, dass junge Menschen in ein Ausbildungslager für Terrorismus gehen, wenn wir selber nicht bereit sind, Ausbildungslager für die Friedensarbeit und für das Training in der gewaltlosen Gewalt einzurichten. Aber wir sollen uns „trösten“ mit Arbeitsplatz erhaltenden Maßnah-

---

2 Fiskalisten sind die [Vertreter](#) der Lehrmeinung von J.M. Keynes, wonach die staatliche [Wirtschaftspolitik](#) die [Konjunktur](#) zu unterstützen hat, indem über die [Finanzpolitik](#) des [Fiskus](#) ([Fiskalpolitik](#)) Abschöpfungen ([Steuern](#)) und [Staatsausgaben](#) (Öffentliche [Investitionen](#), [Subventionen](#) usw.) ausgleichend zu wirken haben. Eine Gegenmeinung vertreten die [Monetaristen](#). <http://www.wirtschaftslexikon.co/d/fiskalisten/fiskalisten.htm>

men, die in folgender Schlagzeile zum Ausdruck kommen:

>> Niedersachsens Unis forschen im großen Stil für das Militär <<<sup>3</sup>

Dem Militär muss man in dem ganzen Geschehen nicht absolut eine Rolle streitig machen. Aber die Bundeswehr kann erst zum Einsatz kommen, wenn wir Deutschen die lösbaren ökonomischen Probleme für uns selbst gelöst und so eine solide Grundlage für den Ratschlag für andere Gesellschaften geschaffen haben. Und vor dem Militäreinsatz muss auch der Einsatz eines waffenlosen Heeres von Friedensarbeitern – die genauso wie das Militär eine Ausbildung benötigen – erfolgen. Wenn dann noch das Militär von dem Verdacht befreit ist, es diene nur dem ökonomisch-militärischen Komplex zur Aufrechterhaltung der Rendite und der politischen Kaste, dann mag es Situationen geben, wo es gerechtfertigt ist, bewaffnete Einheiten einzusetzen.

Herr Bundespräsident, Sie haben recht, wir können nicht einfach bei Menschenrechtsverletzungen und Völkermorden zusehen. Aber unserem Einsatz fehlt die Glaubwürdigkeit, wenn wir deren Ursachen nicht bekämpfen. Wesentliche Ursachen für den Unfrieden in der Welt liegen in dem praktizierten Bodenrecht und in der Geldverfassung und nachgeordnet in der Vermachtung oder Verfälschung der Märkte z.B. durch Subventionen, im Zentralismus des Bildungssektors und des sozialen Netzes und anderen Orten auch der Unterentwicklung der Infrastruktur. Das ist auch so, wenn es auf den ersten Blick nicht erkenntlich ist.

Ich habe vor mir ein Buch liegen, das den etwas umständlichen Titel „Frieden auf dem Erdboden“ trägt. Der verstorbene Verfasser Hans Hermann Traugott Strung war DDR Bürger. Er versucht nachzuweisen, das der Bürger- und Völkerfrieden von einem besseren Bodenrecht abhängt. Die Familie konnte das Buch erst veröffentlichen, als Ende 2009 die Stasiunterlagen-Behörde das Manuskript freigege-

---

3 HAZ vom 4. 2. 2014

ben hat. In dem Vorwort schreibt seine Familie:

>> Weil Hans Strung seine Gedanken auf vielen hundert Seiten niederschreibt und nach dem Krieg bei Westberliner Verlagen drucken lassen will, wird er 1958 – in Thüringen lebend – verhaftet und zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. <<

Wer bei uns die Probleme des Bodenrechts und der Geldverfassung zu seinem Thema wählt, hat nicht mit so drastischen Reaktionen des Staates zu rechnen, wie Hans Strung seinerzeit in der DDR – wenn ich mich recht erinnere, war er von Beruf Fotograf -, aber förderlich ist es einer beruflichen Karriere nicht. Und wenn Sie diese Themen zu den Ihrigen machen würden, dann bräuchten Sie sich um eine mögliche Wiederwahl keine Gedanken mehr zu machen, weil Ihre Chancen auf Null sinken würden.

In der Rechtswissenschaft und in den Sozialwissenschaften – hier insbesondere in den Wirtschaftswissenschaften werden die störenden Faktoren der Wohlfahrt und des Friedens, die in dem jetzigen Bodenrecht und der Geldverfassung begründet sind, nach meinem Informationsstand so gut wie nicht behandelt, obwohl sie für diese Wissenschaften eine zentrale Bedeutung haben. Langfristig wirkt eine solche Ausbildung von Juristen, Soziologen und Ökonomen wie ein Förderungsprogramm des Terrorismus.

Aber in einem stimmen wir wohl überein: Wir Deutschen sollten mehr Selbstvertrauen, mehr Selbstwertbewusstsein entwickeln und uns auch mehr zutrauen. Als Hoffmann von Fallersleben „Das Lied der Deutschen“ schrieb, meinte er mit „Deutschland, Deutschland über alles“ ja keine Erhebung über andere Nationen, sondern das Bekenntnis zur Freiheit und zur Vereinigung der Deutschen.<sup>4</sup> Es heißt doch „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!“ Im Umkehrschluss heißt das doch: „Wenn du dich selbst nicht lieben kannst, kannst du auch nicht den Nächsten lieben!“ Und das gilt dann für den einzelnen Menschen wie für die Gesamt-

<sup>4</sup> <http://www.stefanjacob.de/Geschichte/Unterseiten/Quellen.php?Multi=71>



heit einer Gesellschaft. Die Sehnsucht nach Freiheit und Einheit in Europa und der Welt kann nicht bürokratisch produziert werden, sondern wurzelt letztlich immer in den darunter liegenden Einheiten bis hin zum Individuum. Das Individuum kann aber nicht über sich hinauswachsen ohne Selbstvertrauen und ohne Erfahrung mit dem aufrechten Gang.

Irgendwann habe ich Bücher des Verfassers Ludwig Freund aus dem Papiercontainer geborgen. Er wird auf der Rückseite des Buches mit dem Titel „Politische Waffen“ wie folgt vorgestellt:

>> Der Autor Ludwig Freund, geboren 1898 in Mülheim / Ruhr, Frontsoldat im 1. Weltkrieg, bis 1933 aktiv im Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, 1934 Emigration in die USA, 1936 auf Empfehlung Albert Einsteins wissenschaftlicher Assistent an der Columbia-University, später Professor für Soziologie an verschiedenen amerikanischen Universitäten, 1959 Rückkehr nach Deutschland. ... <<

Ich bringe hier zwei Zitate aus seinem Buch „Aussenpolitische Grundsätze“ aus dem Kapitel „Deutschland im Ringen um seine Rechte“. Es ist dabei zu beachten, dass der Text 1963 erschienen ist:

>> Einer klug abwägenden, doch zielbewußten deutschen Interessenvertretung im Ausland stehen aber nicht nur fremde deutschfeindliche Bestrebungen und Engegeistigkeiten im Wege, sondern auch eine durch den Nazistaat indirekt verschuldete Atrophie staatspolitischer Gesinnung bei auffällig zahlreichen Repräsentanten bundesdeutscher Intelligenz. Diese oftmals an geistig prominenter Stelle befindlichen Kreise verdächtigen gerne jede kraftvolle, bei anderen Völkern als normal empfundene Betätigung staatlichen Lebenswillens. Die berechnete Scham über die Nazivergangenheit, der Wille, einem

-56-

ähnlichen Verfall der Staatsmoral vorzubeugen sind billigenwerte Züge, nur kann man des Guten zu viel tun. Die Übertreibungen der guten Absicht haben ein intellektuelles Klima erzeugt, in welchem zwar oft das seltsame Lob der Manifestationsweisen eines krassen Nationalismus gewisser fremder Staaten und Völker in nahen und fernen Erdteilen erklingt, dem eigenen Volke aber ein nationales Schuldbewußtsein auch für die kommenden Generationen angezchtet wird. Ihm soll anscheinend nur die Begeisterung für europäische und weltweite Kooperation anstehen, nicht, wie das bei den anderen Völkern dabei immer noch normal und üblich geblieben ist, unter gleichzeitiger Achtung für die Sonderart des eigenen Volkstums. Das deutsche Volkstum und die deutsche Geschichte haben ja schließlich nicht nur das abscheuliche Phänomen des Hitlertums hervorgebracht. Es muß

entweder zu einer verhängnisvollen Selbstverachtung oder zu einer nicht minder gefährlichen, unteilbaren Kluft zwischen Intelligenzschicht und Volk führen, wenn die positiven Leistungen deutscher Vergangenheit kaum noch mit Stolz verzeichnet werden dürfen, während alle anderen Völker mit berechtigtem, nicht selten sogar übertriebenem Selbstbewußtsein bei den Großtaten ihrer geistigen, politischen, ja militärischen Vergangenheit verweilen. Der Verfasser als freiwilliger Rückkehrer muß ganz energisch dagegen protestieren, daß von zahlreichen den deutschen Geist im In- und Auslande heute repräsentierenden Angehörigen der deutschen Intelligenz alles Deutsche fast nur unter dem Gesichtspunkt der Naziepoche dargestellt wird, daß in getreuer Übereinstim-

-57-

mung mit der anglo-amerikanischen Kriegspropaganda von einst eine Tendenz herrscht, nach dem Übel und der Schuld in der deutschen Geschichte und nur nach diesen zu fragen. Man nennt das „standortgebundene“, „neue“ Geschichtsbetrachtung, da reine Objektivität sowieso nicht möglich sei. Der dabei vorherrschende Zug, die Werte deutscher, ganz selbstverständlich auch der preußischen Geschichte aus heutiger Perspektive mit vorwiegend, wenn nicht gar völlig negativen Vorzeichen zu versehen, ist tatsächlich eine Travestie der Wissenschaft, die sich von Charlatanerie und totalitärer Wissenschaftsauffassung nur dadurch abgrenzen kann, daß sie am I d e a l der Wahrheitstreue, dem gewissenhaften Streben nach g r ö ß t m ö g l i c h e r Objektivität und G a n z h e i t (statt Parteilichkeit) der Erkenntnisse festhält. Die Tatsache, daß Objektivität als solche unerreichbar ist, ist Anlaß zu unendlichem, nie vollendetem Bemühen, nicht aber die Chance für intellektuelle und politische Freibeuterei in den Gefilden der Wissenschaft.

...

- 58 -

...

Ein souveräner Staat wie die Bundesrepublik muß nach Ablauf der hinter ihr liegenden „Karenzzeit“ und „Bewährungsfrist“ den realen Faktoren der Politik entsprechend handeln können. Wenn der deutsche Staat aus Furcht vor gewissen Reaktionen oder Stimmungen im Ausland oder auch auf Grund des Einflusses unpolitischer und verwirrter Köpfe im Inland es unterläßt, die ihm von den Siegerstaaten in Potsdam zugestandenem und verbliebenen Rechte zu verteidigen, so hat er damit auch praktisch den Daseinsgrund für seine Souveränität verwirkt, er hat sich selber faktisch aufgegeben. Die Außenpolitik eines von Gegnern wie Freunden leicht verwundbaren Staates erfordert doppelte Klugheit und Takt. Wer aber dabei die international verbürgten, anscheinend zum Handelsobjekt für andere gewordenen Rechte des eigenen Staatswesens nicht energisch wahrnimmt, wird im harten Spiel der politischen Kräfte und nationalen Egoisten überrannt. Wer sein eigenes Recht oder sein eigenes vitales Interesse nicht schützt,

dem kann in dieser Welt, die trotz aller idealistischen Selbsttäuschungen hart und voller Gefahren ist, nicht geholfen werden. Andere übernehmen diese Funktion nicht für ihn oder jedenfalls nur dann, wenn sie es auch als in ihrem eigenen Interesse liegend erkannt haben. In der weltpolitischen Arena aber bedarf es dazu des beständigen Bemühens und der Agitation, nicht der selbstverleugnenden Differenzierung, der politischen Askese, auf deutsch der Leisetreterei, die von niemandem respektiert oder honoriert wird. ... <<

-62-

Was eine „klug abwägende, doch zielbewußte deutschen Interessenvertretung im Ausland“ ist, kann nicht allein ihren Vertretern in den Parlamenten und Regierungen überlassen bleiben. Ohne eine Freude an sachbezogene und zu Entscheidungen fähige Öffentlichkeit, die die Meinungsfreiheit ernst nimmt, werden schnell wieder auf Abwege kommen und in Europa und der Welt nicht zusammenkommen.

Um den Mitlesern dieses Offenen Briefes anzuzeigen, in welcher Richtung wir denn – nach meiner Einsicht – nun unseren gangbaren Weg suchen müssen, gebe ich noch ein paar Buchtitel an und füge noch ein paar Links ein. Unter den Links sind auch solche, die zu Beiträgen von mir führen, in denen Sie oder Texte von oder über Sie eine Rolle spielen. Von Ihren Beratern erwarte ich allenfalls, dass sie aus Überzeugung oder Berechnung versuchen werden, Sie auf die falsche Spur zu setzen.

Der oben zitierte Jürgen Todenhöfer sagt:

> Mir ist ein Präsident lieber, der sich auf dem Oktoberfest von Freunden einladen läßt, als einer, der schon wieder deutsche Soldaten ins Feuer schicken will. < Bei der 14. Bundespräsidentenwahl im Jahr 2010 hätte ich, wenn ich Wahlmann gewesen wäre und dieses Amt nicht aufgrund verfassungsrechtlicher Bedenken abgelehnt hätte, meine Stimme auch für Christian Wulff abgegeben. Mir ging es bei meiner damaligen Einschätzung nicht um den besseren Charakter oder um die bessere „Figur“, sondern ich hatte das Gefühl, dass Wulff das verlogene politische System der BRD besser repräsentiert, weil er darin groß geworden ist. Das sollte

nicht als Abwertung unserer Republik verstanden werden, sondern als Hinweis auf das politische Versagen von tatsächlich und scheinbar hochanständigen engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die glauben die Anzahl von Gesetzen und Trickereien mit der Verfassungen machen eine gute Politik aus. Ich hatte von Ihnen aufgrund ihres DDR-Hintergrundes und der Hofierung Ihrer Person als Bürgerrechtler<sup>5</sup> des ehemals „real existierenden Sozialismus“ durch die Repräsentanten der alten BRD den Eindruck, dass Sie die Wahlen zu den Parlamenten idealisieren und die Mängel im politischen und ökonomischen System gar nicht sehen können. Nun sind Sie Bundespräsident und ich habe einen hohen Respekt davor, wie Sie die Aufgaben meistern, die Ihnen das Amt abverlangt. Und mir ist ein Präsident, der mutig eine eigene Meinung äußert, lieber als einer, der bei jedem Satz überlegt, was das Kanzleramt und die Mitglieder des Parlaments dazu sagen könnten bzw. würden. Und noch etwas: Wenn ich an Ihre häufig hervorgehobene Redebegehung denke, dann komme ich mir selber als Versager vor. Aber eine Redebegehung will auch richtig genutzt werden. Es ist nicht nur einmal passiert, dass ein guter Redner seine Zuhörer ins Verderben geführt hat.

Mit freundlichen Grüßen

*Tristan Abromeit*

Literatur- und Text-Hinweise  
für die Mitleser des Offenen Briefes  
ab der nächsten Seite.

Es ist meine Auswahl, damit sollen nicht andere Werke und Autoren ausgeschlossen werden. Jeder, der sich an der Suche nach einem Weg in eine bessere Zukunft beteiligt, muss sein eigenes Impulspapier, seinen Impulsgeber suchen und finden.

Wenn der Buchladen um der Ecke die Titel nicht liefern kann, dann unter [www.INWO.de](http://www.INWO.de) oder [www.humane-wirtschaft.de](http://www.humane-wirtschaft.de) suchen.

---

<sup>5</sup> Ich hatte zuerst „Systemkritiker“ geschrieben. Aber dieser Begriff passt nicht zu ihrer Rolle.

***"... damit Geld dient und nicht regiert"***

CGW-Leitspruch von Prof. Dr. Roland Geitmann ca. 1998  
(damals Vorsitzender)

***"Geld soll dienen und darf nicht regieren"***

Papst Franziskus 2013

> Von der Startseite der Christen für gerechte  
Wirtschaftsordnung e.V. (CGW) [www.cgw.de](http://www.cgw.de) <

Als erstes führe ich Titel von Dieter Suhr an. Suhr war Professor für Öffentliches Recht,  
Rechtsphilosophie und Rechtsinformatik. Er verunglückte 1990 tödlich bei der Rettung  
einer Tochter auf Kreta.

Zu Person des Autoren: [http://de.wikipedia.org/wiki/Dieter\\_Suhr](http://de.wikipedia.org/wiki/Dieter_Suhr)

Peter Knauer: DAS PHILOSOPHISCHE WERK VON DIETER SUHR /  
<http://peter-knauer.de/62.pdf>

<http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/fragen-der-freiheit/heft206/suhr-leben.htm>

00000

> Geld ohne Mehrwert /

Entlastung der Marktwirtschaft von monetären Transaktionskosten <  
[http://www.humane-wirtschaft.de/pdf\\_z/suhr\\_geld-ohne-mehrwert\\_1983.pdf](http://www.humane-wirtschaft.de/pdf_z/suhr_geld-ohne-mehrwert_1983.pdf)

00000

Die Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus

Monetäre Studien zur sozialen, ökonomischen und ökologischen Vernunft

00000

Dieter Suhr:

Gleiche Freiheit - Allgemeine Reziprozitätsdefizite in der Geldwirtschaft. [PDF]

Augsburg: Lothar Mette Verlag, 1988. Nachdruck "Fragen der Freiheit"

Heft 259/260 | 2001 /

[http://www.sozialoekonomie.info/Weiterfuehrende\\_Informationen/Suhr\\_Gleiche-Freiheit/suhr\\_gleiche-freiheit.html](http://www.sozialoekonomie.info/Weiterfuehrende_Informationen/Suhr_Gleiche-Freiheit/suhr_gleiche-freiheit.html)

000000000000000000

> Das Geldsyndrom

Wege zu einer kreisfreien Wirtschaftsordnung <

und

> Die 29 Irrtümer rund ums Geld <

beide Titel von Helmut Creutz

Der erste Titel ist in mehreren Auflagen in verschiedenen Verlagen erschienen. Die letzte Auflage ist aus dem Jahr 2012. Das Werk wurde auch ins Englische und Französische übersetzt. Auskunft über den Autor, sein Schaffen und seine Wirtschaftsgrafiken sind zu finden unter: [www.helmut-creutz.de](http://www.helmut-creutz.de)

00000

> „Profitwahn / Warum sich eine menschengerechtere Wirtschaft lohnt <

von Christian Kreiß

[www.tectum-verlag.de/profitwahn.html](http://www.tectum-verlag.de/profitwahn.html)

00000

> Prinzip Rentenökonomie: Wenn Eigentum zu Diebstahl wird <

von Dirk Löhr

Vom gleichen Verfasser sind folgende Blog-Beiträge:

Grundeinkommen:

<http://rent-grabbing.com/2014/01/23/ressourcenbasiertes-grundeinkommen-oder-single-tax/>

Discount-Prinzip:

<http://rent-grabbing.com/2013/12/14/gewinne-und-renten-alles-aldi-oder-was/>

<http://rent-grabbing.com/author/rentgrabbing/>

Dirk Löhr: Wer Augen hat zu sehen, der sehe. Wenn er sie aufmacht, sieht nämlich immer wieder dieselben Zahlen.

00000

> Land und Freiheit Zum Diskurs über das Eigentum von Grund und Boden in der Moderne <

Hrsg. Gerhard Senft

> Mit Texten von: Thomas Paine, Adam Smith, David Ricardo, John Stuart Mill, Pierre-Joseph Proudhon, Friedrich Engels, Karl Marx, Silvio Gesell, Leon Walras, Michael Flürscheim, Leo Tolstoi, Amelie Lanier, Dirk Lühr u.a.

Die Frage der Verfügbarkeit über Grund und Boden ist eine der Kernfragen gesellschaftlicher Entwicklung. Jahrtausendlang wurde Land als kollektiv zu nutzendes Gut begriffen, so wie es für Luft und — bedingt — für Wasser bis heute in weiten Teilen der Welt der Fall ist.

In Land und Freiheit versammelt der Herausgeber Gerhard Senft die wichtigsten Debatten zu den Nutzungsrechten von Grund und Boden, wie sie vor allem seit dem Ende des 15. Jahrhunderts geführt wurden und bis heute werden. Wie aktuell das Thema ist, zeigt ein Blick nach Afrika, wo mittels „Land Grabbing“ in gewisser Weise jene Enteignungen von kollektiven Rechten wiederholt werden, die an der Wende zum 16. Jahrhundert Grund und Boden im europäischen Westen privatisierten. <

(Umschlag-Text)

00000

Wege zu einer gerechten Bodenordnung

Diplomarbeit, 2010

von

Bernadette-Julia Felsch

eine gut lesbare und gut benotete Einführung in die Bodenrechtsproblematik

[http://www.sozialoekonomie.info/Forschung/Diplomarbeiten/DiPA\\_Felsch-Bodenordnung/Felsch\\_Wege-zu-einer-gerechten-Bodenordnung.2.pdf](http://www.sozialoekonomie.info/Forschung/Diplomarbeiten/DiPA_Felsch-Bodenordnung/Felsch_Wege-zu-einer-gerechten-Bodenordnung.2.pdf)

[http://stadtfragen.files.wordpress.com/2013/02/folien\\_stadtfragenvortrag\\_bj\\_felsch\\_16jan13.pdf](http://stadtfragen.files.wordpress.com/2013/02/folien_stadtfragenvortrag_bj_felsch_16jan13.pdf)

00000

Diplom- und Magisterarbeiten sowie Bachelor- und Masterarbeiten über die Theorien der Geld- und Bodenreform [Übersicht]

<http://www.sozialoekonomie.info/Forschung/Diplomarbeiten/diplomarbeiten.html>

00000

Friede auf dem Erdboden  
von Hans Herrmann Traugott Strung (1899 - 1971)

Selbstverlag Familie Strung,  
2010 veröffentlicht nach der Freigabe der Stasiunterlagen-Behörde  
ISBN 978-1-4476-6209-9

oo

Eigene Texte mit Bezug auf die Person oder eigene Werke des  
Bundespräsidenten, bzw. Berichte über ihn:

Wirtschaftsjournalismus ist gefährlicher als Links- und Rechtsextremismus!  
Offener Brief an Journalisten und Redakteure des Fachbereichs Wirtschaft  
von Tristan Abromeit Februar 2013 [www.tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de) Text 110.1  
hier **Text 110.2**

Verdeutlichung des Anliegens durch eine Auseinandersetzung mit der Person  
des Bundespräsidenten Joachim Gauck, seinen Büchern und seiner Rede vom 22.  
Februar 2013

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/110.2.Verdeutlichung...J.Gauck.pdf>

>> Europas kulturelle Vielfalt erhalten!  
Was können wir Alten zur Verbesserung unserer Welt noch beitragen? <<  
ein Titel von Hans Bremer in  
Das Gespräch aus der Ferne  
im Heft 397 / Ausgabe Herbst 2011

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/100.0%20Vielfalt%20erhalten.pdf>

Weitere Beiträge mit dem Stichwort „Gauck“ in der internen Suchmaschine unter  
[www.tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de) suchen.

-----

Es folgt ein Auszug aus

[http://de.wikipedia.org/wiki/Joachim\\_Gauck](http://de.wikipedia.org/wiki/Joachim_Gauck)



## >> **Kapitalismusdebatte, Occupy Wall Street**

In der DDR stand Gauck dem [Sozialismus](#) zeitweise wohlwollend gegenüber, aufgrund der Nähe zu christlichen Ideen und des Versuches, eine emanzipatorische Gesellschaft zu entwickeln. Während der Wendezeit bemängelte er dagegen, die DDR hafte an „marxistischen Dogmen“ und es gebe keine „Weiterentwicklung einer effektiven Ökonomie“. Im Namen einer Mehrheit des Neuen Forums ging Gauck davon aus, „dass es nicht eine sozialistische und eine kapitalistische Wirtschaft gibt, sondern dass es Wirtschaftsgesetze gibt, die gelten“.[95]

Seitdem gilt Gauck als ein Befürworter der [Marktwirtschaft](#): Wer wolle, „dass es allen gut geht, dass es eine Streuung des Eigentums gibt, Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ und „ein soziales Netzwerk, was diesen Namen verdient“, muss sich nach Gaucks Überzeugung „einen sehr gut funktionierenden Kapitalismus wünschen“. „Wer die Freiheit liebt, wird sich dahin bequemen müssen, Freiheit auch in den Wirtschaftsprozessen zu wollen“, fordert er. Die [Neoliberalen](#) und andere hätten gespürt, „dass zu dieser Freiheit in der Wirtschaft Gestaltungswille und Gestaltungselemente aus dem politischen Raum hinzutreten können, ohne aber dieses Prinzip zu vernichten.“ Einen „dumpfen unaufgeklärten [Antikapitalismus](#)“ lehnt Gauck ab, weil dessen Konzepte nicht wirkten. [117][118] Gleichwohl müssten kapitalistische Wirtschaftssysteme ebenso kritisch beurteilt werden wie die verschiedenen politischen Richtungen: „Es soll und muss debattiert werden, ob konservative, liberale oder linke Vorstellungen einer sozialen Marktwirtschaft eher gerecht werden oder bessere Lösungen für künftige Krisen anbieten.“ Das System sei lernfähig und habe Vorbildcharakter, selbst die Ostdeutschen und die linken Professoren seien „darauf gekommen, dass wir keinen neuen, [dritten Weg](#) ersinnen konnten“.[119]

Mit Skepsis begegnete er der Bewegung [Occupy Wall Street](#). Ebenfalls am 16. Oktober 2011 in den Hamburger Kammerspielen übte er Kritik an der Anti-Banken-Bewegung. Unter anderem äußerte er, die [Antikapitalismusdebatte](#) sei „unsäglich albern“. Gauck zweifelte an den Erfolgchancen und der Dauerhaftigkeit der Proteste gegen das Finanzsystem. Er fügte hinzu: „Ich habe in einem Land gelebt, in dem die Banken besetzt waren.“ Mit Bezug zu den Occupy-Protesten bezeichnete Gauck es als eine „romantische Vorstellung“, für eine Welt einzutreten, „in der man sich der Bindung von Märkten entledigen könne“.[110] Wissenschaftler wie [Hubertus Buchstein](#) und [Dieter Rucht](#) äußerten Kritik an Gaucks Einschätzung.[120] >> Ende des Offenen Briefes.